

Inserate werden angenommen in Bosen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, ...

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Bosen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen ...

Verantwortlicher Redakteur: i. B. J. Gachfeld in Bosen.

Verantwortlich für den Inseratenheil: F. Klugkist in Bosen.

Posener Zeitung

Neunundneunzigster

Jahrgang.

Nr. 294

Donnerstag, 28. April.

1892

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentlich zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt wochentlich 4,50 M. für die Stadt Bosen, 5,45 M. für ganz Preussland. ...

Inserate, die schmalere Zeitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 6 Uhr Nachm. angenommen.

Bestellungen

für die Monate Mai und Juni auf die dreimal täglich erscheinende „Posener Zeitung“ nehmen alle Reichspostämter und Ausgabestellen in der Provinz zum Preise von 3 M. 64 Pf., sowie sämtliche Ausgabestellen in der Stadt Bosen und die Expedition der Zeitung zum Preise von 3 M. an.

Neu eintretenden Abonnenten liefern wir auf Verlangen den Anfang der Novelle „Eine Entführung“ gegen Einsendung der Abonnementsquittung gratis und franko nach.

Das Wahlrecht der Frauen.

Wunderliche Kunde kommt aus England. Eine Anzahl konservativer Parlamentsmitglieder hat beantragt, den Frauen das aktive Wahlrecht für die Parlamentswahlen zu geben, und als streitbarster Kämpfer gegen diesen Antrag ist Gladstone aufgetreten. Er hat eine Flugschrift veröffentlicht, die sich mit äußerster Energie gegen die vorgeschlagene Reform wendet. ...

An den englischen Vorgängen zeigt sich vielmehr, daß dieses praktische Volk es vortrefflich versteht, auch die Frauenfrage, losgelöst von politischen Verallgemeinerungen, rein aus sich heraus nach ihren inneren Bedürfnissen und Nothwendigkeiten anzufassen. Darum können jetzt konservative Männer eine Sache betreiben, die an sich weder konservativ noch liberal ist. ...

Sieht man sich Wahlrecht und Stimmrecht der Frauen näher an, so ergiebt sich das Ueberaschende, daß die Frauen auch bisher schon keineswegs so ganz von diesen Rechten entblößt sind. Es läßt sich für die meisten europäischen Staaten die Regel aufstellen, daß, während die politische Ungleichheit in der Ausübung des Wahlrechts nach unten hin wächst, zu gleicher Zeit die Berechtigung der Frauen zur Theilnahme an den Wahlen steigt. ...

Reichstagsabgeordnete Schippel hat dies Material mit Rücksicht auf Deutschland weiterhin vervollständigt. Halten wir uns an Deutschland so kann man sagen: Die Frauen haben weder im Reiche noch in den Einzelstaaten ein Stimmrecht für die Volksvertretungen; auf die Provinzial- und Kreisvertretungen sind sie nicht einflußlos; in den Städten fehlt ihnen jedes Wahlrecht; in den Landgemeinden haben sie es mit Einschränkungen. Fast immer ist der Verlauf der Gesetzgebung der gewesen, daß das lokale Frauenstimmrecht aus früheren Zeiten her sich erhalten hatte, und daß es durch die moderne Gesetzgebung wieder beseitigt worden ist. ...

Von dem angeführten Grundsatz, daß die neuere Gesetzgebung das Frauenstimmrecht, bei uns wenigstens, zu beseitigen versucht, macht die Herrfurth'sche Landgemeindeordnung eine bemerkenswerthe Ausnahme. Hiernach sind Frauen, „wenn der ihnen im Gemeindebezirk gehörige Grundbesitz zum Stimmrecht befähigt, stimmberechtigt.“ Jedoch müssen sie sich bezusetzen lassen. Die neue Landgemeindeordnung enthält in Bezug auf das Frauenstimmrecht nur dasselbe, was auch ältere Landgemeindeordnungen aussprechen, so die westfälische vom 19. März 1856, die hannoversche vom 28. April 1859, endlich die braunschweigische vom 19. März 1850. ...

Fehr. v. Stauffenberg über die Militär-Vorlage.

In der am 24. d. in Nürnberg abgehaltenen Landesversammlung der deutschfreisinnigen Partei in Bayern (v. d. Rh.), in der für die nächstjährigen bayerischen Landtagswahlen das Zusammengehen aller Liberalen besprochen wurde, hat Fehr. v. Stauffenberg in einem sehr interessanten Vortrag über die Arbeiten des Reichstags und die politischen Wandlungen seit dem Rücktritt des Fürsten Bismarck auch die Militärfrage berührt. In dieser bemerkte er, je mehr man jetzt deutlich, daß die Septennatsfrage der merkwürdigste Schwindel gewesen sei, mit dem jemals das Volk getäuscht worden sei. ...

von 1870/71 gewesen; diese habe bewiesen, daß auch in zweijähriger Dienstzeit etwas geleistet werden könne. Die Verhältnisse hätten sich etwas verschoben, seit General Werdy mit seinem fabelhaften Projekt herangeraten sei, alle Wehrpflichtigen zwei Jahre zur Fahne zu ziehen. Es sei sonnenklar, daß auf diese Weise die Einführung der zweijährigen Dienstzeit nicht gehe. Die große Summe, die man aus der Einführung der zweijährigen Dienstzeit mit 90 Millionen herausrechnen sollte überhaupt nur dazu dienen, um graulich zu machen. Die zweijährige Dienstzeit sei eine Errungenschaft, für welche wohl Opfer gebracht werden könnten, aber nicht derartige; übrigens habe auch Werdy die Kosten nur auf 19 Millionen berechnet. ...

Deutschland.

Δ Berlin, 27. April. In einem ausnehmend langen Artikel wendet sich die „N. A. Z.“ gegen die Feststellung des Werthverhältnisses, wie es die österreichisch-ungarische Regierung für die Durchführung der Goldwährung wählen will. Sachgemäß und, wie wir sagen müssen, überzeugend weist das offiziöse Blatt nach, daß die Feststellung einer Werthrelation, wodurch der Goldgulden nur etwa 1 Mark 70 Pfennig werth sein soll, eine schwere, ja beispiellose Benachtheiligung der ausländischen Gläubiger, vor allem des deutschen Kapitalistenpublikums bedeuten würde. ...













